



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

63. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Dezember 2010

Nummer 37

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
		RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales	
20025	18. 11. 2010	Betriebssatzung für den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen	846
20025	19. 11. 2010	Anwendung der Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Erstellung eines IT-Systems (EVB-IT System) und die Lieferung eines IT-Systems (EVB-IT Systemlieferung)	846
203034	19. 11. 2010	Richtlinien für die dienstliche Beurteilung zur Vorbereitung von Personalmaßnahmen, insbesondere Beförderungsentscheidungen	847
26	18. 11. 2010	Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur sozialen Betreuung von ausländischen Staatsangehörigen in den ausschließlich für den Vollzug von Abschiebungshaft bestimmten Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	846

III.

Öffentliche Bekanntmachungen

(Im Internet für Jedermann kostenfrei zugänglich unter: <https://recht.nrw.de>)

Datum	Titel	Seite
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR	
3. 12. 2010	Bek. – Sitzung des Verwaltungsrates der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR am Mittwoch, 15.12.2010	870
	Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	
3. 12. 2010	Bek. – Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) am Mittwoch, 15.12.2010	870

I.**20025****Betriebssatzung für den Landesbetrieb
Information und Technik Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales
– 52 – 18.02.01 – 1/10 –
v. 18.11.2010

Der RdErl. d. Innenministeriums vom 15.11.2008 (MBL NRW. 2008 S. 588) wird wie folgt geändert:

1

Vor dem Inhaltsverzeichnis wird Satz 1 wie folgt neu gefasst:

„Der Landesbetrieb Information und Technik NRW (IT.NRW) nimmt seine Tätigkeiten nach Maßgabe nachstehender Satzung wahr.“.

2

Der zweite Satz vor dem Inhaltsverzeichnis wird gestrichen.

3

In § 3 des Inhaltsverzeichnisses werden die Wörter „Bereich der“ durch das Wort „Geschäftsbereich“ ersetzt

4

In § 1 werden die Absätze 2 und 3 wie folgt neu gefasst:

„(2) Der Landesbetrieb hat seinen Sitz in Düsseldorf mit Standorten in Hagen, Köln, Münster, Oberhausen und Paderborn. Weitere Standorte können festgesetzt werden.

(3) Die Festsetzung, Schließung oder wesentliche Änderung von Standorten bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.“.

5

In § 2 werden vor Nummer 1 nach dem Wort „Landesbetrieb“ folgende Wörter eingefügt:

„IT.NRW ist der zentrale IT-Dienstleister des Landes und“.

6

In § 2 Satz 1 Nr.3 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „Ministerium für Inneres und Kommunales“ ersetzt.

7

In § 2 Satz 1 Nr. 6 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „Ministeriums für Inneres und Kommunales“ ersetzt.

8

In der Überschrift des § 3 werden die Wörter „Bereich der“ durch das Wort „Geschäftsbereich“ ersetzt

9

In § 3 wird vor Satz 1 eingefügt:

Der Landesbetrieb trägt in seinem Namen, soweit statistische Aufgaben wahrgenommen werden, den Zusatz – Geschäftsbereich Statistik –

10

In § 6 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „regeln“ durch das Wort „richten“ ersetzt.

11

§ 6 Absatz 4 wird gestrichen.

12

In § 8 wird das Wort „Innenministerium“ durch „Ministerium für Inneres und Kommunales“ ersetzt

13

§ 16 wird wie folgt neu gefasst:

Der Erlass tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

20025

**Anwendung
der Ergänzenden Vertragsbedingungen
für die Erstellung eines IT-Systems
(EVB-IT System) und die Lieferung eines
IT-Systems (EVB-IT Systemlieferung)**

RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales,
zugleich im Namen aller Landesministerien
– 55-22.00.05 –
v. 19.11.2010

1.

Die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Erstellung eines IT-Systems (**EVB-IT System**) und die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Lieferung eines IT-Systems (**EVB-IT Systemlieferung**) stellen eine Ergänzung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) dar und modifizieren diese für den Bereich der Informationstechnik.

2.

Gegenstand der EVB-IT System ist die **Erstellung** eines IT-Systems durch Implementierung einer oder mehrerer Systemkomponenten (Hardware, Individual- und Standardsoftware) und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft des Gesamtsystems sowie -soweit vereinbart- auch den Systemservice und/oder die Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems nach dessen Abnahme.

Der EVB-IT Systemvertrag unterliegt dem **Werkvertragsrecht** und statuiert eine Gesamtverantwortlichkeit des Auftragnehmers für die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems.

Mit den EVB-IT System werden die Besonderen Vertragsbedingungen für das Erstellen von DV-Programmen (BVB-Erstellung) ersetzt.

3.

Bei den EVB-IT Systemlieferung steht der **Kauf** und Anlieferung eines IT-Systems bzw. der Systemkomponenten (Hardware und/oder Standardsoftware) mit der Herstellung der Gesamtfunktionalität des Systems im Vordergrund, womit der EVB-IT Systemlieferungsvertrag insgesamt dem **Kaufrecht** unterliegt.

Die EVB-IT Systemlieferung ersetzen die Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB Kauf) und die Besonderen Vertragsbedingungen für die Überlassung von DV-Programmen (BVB-Überlassung Typ II).

4.

Zur Hilfe bei der Anwendung der EVB-IT System und EVB-IT Systemlieferung sind Hinweise für die Nutzung erstellt worden. Diese Nutzerhinweise stehen neben den ergänzenden Vertragsbedingungen, den Vertragsmustern sowie weiteren Vordrucken in der jeweils aktuellen Version im Internet unter www.kbst.bund.de zur Verfügung. Auf einen Abdruck wird an dieser Stelle daher verzichtet.

5.

Die Behörden und Einrichtungen des Landes sind zur Anwendung der EVB-IT System und EVB-IT Systemlieferung verpflichtet. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, die EVB-IT System und EVB-IT Systemlieferung ebenfalls anzuwenden.

6.

Dieser Runderlass tritt am Tage der Veröffentlichung im Ministerialblatt in Kraft.

Meine Runderlasse vom

9.9.1974 (MBL NRW. S. 1412) – Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB-Kauf),

24.2.1978 (MBL NRW. S. 403.) – Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für die Überlassung von DV-Programmen (BVB-Überlassung),

18.4.1986 (MBL NRW. 1988 S.620.) – Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für das Erstellen von DV-Programmen (BVB-Erstellung),

1.8.1989 (MBL NRW. S. 1044) – Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB-Kauf) beim Kauf von Kleinrechnersystemen für den Arbeitsplatz (APC-Systeme),

9.3.1990 (MBL NRW. S. 337) – BVB-Vertragsklausel für 'X/OPEN-Produkte',

hebe ich hiermit auf.

– MBL NRW. 2010 S. 846

203034

Richtlinien für die dienstliche Beurteilung zur Vorbereitung von Personalmaßnahmen, insbesondere Beförderungsentscheidungen

RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales
(MIK) – 24 – 1.39.51 – 1/09 –
v. 19.11.2010

Aufgrund von § 93 Abs. 1 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LBG NRW) vom 21.4.2009 (GV. NRW. S. 224), geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 10. November 2009 (GV. NRW. S. 570/SGV. NRW. 2030), werden für die beamteten Beschäftigten folgende Richtlinien für die dienstliche Beurteilung zur Vorbereitung von Personalmaßnahmen, insbesondere Beförderungsentscheidungen (BRL), erlassen:

1

Dienstliche Beurteilung

1.1

Dienstliche Beurteilungen sollen es den Dienstvorgesetzten ermöglichen, Entscheidungen über die Beförderung von beamteten Beschäftigten am Grundsatz der Bestenauslese auszurichten. Dazu sind die Leistungen abgestuft und untereinander vergleichbar zu bewerten sowie die Ausprägung relevanter Befähigungen festzustellen. Dienstliche Beurteilungen zielen auf eine Entscheidung über die Beförderungseignung, die auf der Grundlage von Leistung und Befähigung und mit Blick auf die Anforderungen des nächsthöheren Amtes zu treffen ist.

Daneben dienen dienstliche Beurteilungen der Vorbereitung sonstiger Personalmaßnahmen, etwa durch die Feststellung der Bewährung in Probezeiten oder als Erkenntnisquelle für Entscheidungen über sachgerechte Verwendungen.

Die Erstellung dienstlicher Beurteilungen erfordert von den Vorgesetzten Verantwortungsbewusstsein, Unvoreingenommenheit und Gewissenhaftigkeit. Die darüber hinausgehende dauernde Aufgabe aller Vorgesetzten, mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Fragen der Leistung und der Zusammenarbeit, von Arbeitszielen und -ergebnissen zu erörtern, kann sich nicht in der Erstellung dienstlicher Beurteilungen erschöpfen. Dazu sind das Mitarbeiter- und das Zielvereinbarungsgespräch sowie andere geeignete Gesprächsformen zu wählen.

1.2

Personenbezogene Bezeichnungen im Femininum beziehen sich auf beide Geschlechter.

2

Anwendungsbereich

Diese Richtlinien gelten für die Beamtinnen im MIK und in seinem Geschäftsbereich.

Ausgenommen sind:

- Professorinnen sowie Dozentinnen i. S. des § 121 LBG an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen,
- Polizeivollzugsbeamtinnen, soweit sie nicht dem MIK angehören,

- Verwaltungsbeamtinnen und Beamtinnen besonderer Fachrichtungen der Polizeibehörden und -einrichtungen,
- Beamtinnen des Instituts der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen.

3

Regelbeurteilung

3.1

Beamtinnen sind alle drei Jahre zu einem Stichtag zu beurteilen (Regelbeurteilung). Die Beurteilung erfolgt auf einem Formblatt gemäß **Anlage 1**.

3.2

Von der Regelbeurteilung ausgenommen sind:

- Beamtinnen des einfachen Dienstes,
- Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst,
- Beamtinnen, die im Beamtenverhältnis auf Probe eine Probezeit abzuleisten haben,
- Beamtinnen (einschließlich der Aufstiegsbeamtinnen), die sich im Eingangsamt ihrer Laufbahn befinden und in diesem Amt noch nicht beurteilt wurden,
- Ehrenbeamtinnen,
- Beamtinnen, die das 59. Lebensjahr, bzw. Polizeivollzugsbeamtinnen, die das 57. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht eine Beurteilung beantragen,
- Beamtinnen von Besoldungsgruppe B 4 an aufwärts,
- Beamtinnen, die sich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 9 Z oder A 13 gD befinden,
- Beamtinnen, die am Beurteilungsstichtag weniger als neun Monate im Zuständigkeitsbereich einer zur Schlusszeichnung Befugten Dienst geleistet haben,
- Beamtinnen nach § 37 LBG NRW,
- Beamtinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit (§ 6 Beamtenstatusgesetz).

3.3

Bei Beamtinnen, die im Zuständigkeitsbereich einer zur Schlusszeichnung Befugten den Dienst aufgenommen haben, ist eine Nachbeurteilung (Nr. 4.4) neun Monate nach Dienstaufnahme zu fertigen.

3.4

Beurteilungen, die zum vorgesehenen Beurteilungsstichtag nicht zweckmäßig sind (z. B. schwebendes Disziplinarverfahren), können zurückgestellt werden. Auf Antrag sollen sie zurückgestellt werden. Nach Fortfall des Hemmnisses sind die betroffenen Beamtinnen unverzüglich nachzubeurteilen; Nummern 4.4.2 und 4.4.3 sind nicht anzuwenden.

3.5

Beamtinnen, die innerhalb des letzten Jahres vor dem Beurteilungsstichtag gemäß Nummer 4.2 oder 4.3.2.2 dienstlich beurteilt wurden, sind nachzubeurteilen (Nr. 4.4), jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres seit ihrer letzten Beurteilung.

3.6

Liegen zum Beurteilungsstichtag gesicherte Erkenntnisse darüber vor, dass im Zuständigkeitsbereich einer zur Schlusszeichnung Befugten für eine bestimmte Vergleichsgruppe im mittleren und gehobenen Dienst keine Beförderungsmöglichkeiten bestehen, kann dieser Personenkreis von der Regelbeurteilung ausgenommen werden.

Von dieser Möglichkeit darf nicht an zwei aufeinander folgenden Regelbeurteilungsstichtagen Gebrauch gemacht werden. Ergeben sich nach dem Beurteilungsstichtag nicht vorhersehbare Beförderungsmöglichkeiten für den nach Satz 1 betroffenen Personenkreis, ist dieser unverzüglich nachzubeurteilen; Nr. 4.4.2 findet keine Anwendung.

4

Sonstige Beurteilungen

Neben Regelbeurteilungen dürfen Beurteilungen nur in den nachstehend genannten Fällen (sonstige Beurteilungen) gefertigt werden.

Anlage 1

4.1

Beurteilungen während der laufbahnrechtlichen Probezeit

4.1.1

Beamtinnen auf Probe sind rechtzeitig vor Ablauf der allgemeinen oder im Einzelfall festgesetzten Probezeit zu beurteilen. Als Grundlage für die Entscheidung über die Bewährung während der Probezeit sind mindestens zwei Beurteilungen über Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtin zu erstellen; die erste Beurteilung soll spätestens zwölf Monate nach der Einstellung erfolgen.

In der ersten Beurteilung ist eine Aussage zu treffen, ob die Beamtin auf Probe sich in diesem Zeitpunkt bewährt, eingeschränkt bewährt oder nicht bewährt hat. Gegebenenfalls ist sie um einen Hinweis auf besondere Leistungen i.S.v. § 7 Absatz 1 Satz 7 LVO zu ergänzen. Endet die erste Beurteilung mit einer eingeschränkten Bewährungsaussage, sind gleichzeitig Maßnahmen, die bei ihrer Erfüllung voraussichtlich zu einer positiven Bewährungsaussage am Ende der Probezeit der Beamtin führen könnten, anzuführen. Für den Fall einer eingeschränkten Bewährungsaussage ist spätestens nach weiteren zwölf Monaten eine weitere Beurteilung über Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtin anzufertigen. Satz 5 gilt in diesem Fall entsprechend.

Kann nach der ersten Beurteilung die Bewährung nicht uneingeschränkt festgestellt werden, muss die Beamtin während der Probezeit auf mindestens einem weiteren Dienstposten eingesetzt werden.

Kann die Bewährung während der Probezeit noch nicht abschließend beurteilt werden, ist die Beamtin rechtzeitig vor Ablauf der verlängerten Probezeit erneut zu beurteilen.

Rechtzeitig vor Ablauf der allgemeinen oder im Einzelfall festgesetzten Probezeit erfolgt die abschließende Beurteilung.

Verkürzt sich die Probezeit durch anrechenbare Zeiten (§ 7 LVO), so ist die erste Beurteilung nach der Hälfte der individuellen Probezeit, spätestens aber zwölf Monate nach der Einstellung anzufertigen. Die zweite Beurteilung ist rechtzeitig vor Ablauf der Probezeit zu erstellen.

4.1.2

Bei der Beurteilung zum Abschluss der Probezeit tritt an die Stelle der Gesamtbewertung (Nr. 8) eine Beurteilung, ob sich die Beamtin während der Probezeit in vollem Umfang bewährt oder nicht bewährt hat.

4.1.3

Wenn sich die Beamtin wegen besonderer Leistung ausgezeichnet hat (§ 20 Abs.2 Satz 2 LBG NRW), ist dies in der Beurteilung auszuführen und vor Ablauf der Probezeit unter Einbeziehung der Personalstelle zur Herstellung einer einheitlichen Beförderungspraxis festzustellen und zu begründen. Diese Beurteilung muss einen Vergleich mit Beurteilungen nach Nr.3.1 oder Nr.4.2 ermöglichen. Bei der Feststellung von besonderen Leistungen ist eine vollständige Beurteilung unter Beachtung von Punkt 6.3.3 der Beurteilungsrichtlinien zu erstellen.

4.1.4

In Fällen des Nachteilsausgleichs nach § 21 LBG NRW ist vor einer Beförderung – frühestens 21 Monate nach geleisteter Probezeit – eine Beurteilung anzufertigen (§ 9 Abs.1 Satz 1 LVO), die einen Vergleich mit Beurteilungen nach Nr.3.1 oder Nr.4.2 ermöglicht.

4.2

Erste Beurteilung nach Ende der Probezeit oder nach dem Aufstieg

Beamtinnen (einschließlich Aufstiegsbeamtinnen) sind 9 Monate nach Ablauf der allgemeinen oder im Einzelfall festgesetzten Probezeit oder nach Übertragung des Eingangsamtes der (neuen) Laufbahn zu beurteilen (Beurteilungsstichtag). Nummern 3.4 und 4.3.1 gelten entsprechend.

4.3

Beurteilungen aus besonderem Anlass

4.3.1

Eine Beurteilung aus besonderem Anlass vergleicht die zu beurteilende Beamtin mit den übrigen Beamtinnen der Vergleichsgruppe, der sie bei einer Regelbeurteilung zugeordnet worden wäre, wenn sie schon zum Stichtag der Regelbeurteilung Angehörige der Vergleichsgruppe gewesen wäre.

4.3.2

Neben den Beurteilungen nach Nummern 3, 4.1 und 4.2 kommen Beurteilungen beim Wechsel der Dienstbehörde (Versetzung) oder aus sonstigem besonderen Anlass in Betracht. Ob eine Beurteilung zu erfolgen hat, bestimmt die für die vorgesehene beamtenrechtliche Entscheidung zuständige Behörde nach Maßgabe der folgenden Grundsätze:

4.3.2.1

Bei Versetzungen gilt die letzte Regelbeurteilung als Versetzungsbeurteilung, soweit diese im Zeitpunkt der Versetzung nicht länger als 18 Monate zurückliegt. Andernfalls ist die letzte Regelbeurteilung um eine Feststellung zu ergänzen, ob sich zwischenzeitlich Abweichungen von den Bewertungen dieser Regelbeurteilung ergeben haben. Die Feststellung erfolgt auf einem Formblatt gemäß **Anlage 2**.

Anlage 2

Als Versetzungsbeurteilung gilt auch eine sonstige Beurteilung (Nr. 4.2, 4.3.2.2, 4.4), soweit diese im fraglichen Zeitpunkt nicht länger als 18 Monate zurückliegt. Andernfalls ist eine eigene Versetzungsbeurteilung auf einem Formblatt gemäß Anlage 1 zu erstellen.

Nummer 3.3 bleibt unberührt.

Bei Versetzungen von Polizeivollzugsbeamtinnen aus dem MIK heraus ist eine Versetzungsbeurteilung nach Anlage 1 zu erstellen, wenn die Beamtin dies beantragt und die letzte Regel- oder sonstige Beurteilung länger als 6 Monate zurückliegt.

In den vorgenannten Fällen finden die Nummern 12.3 und 12.7 Anwendung.

4.3.2.2

Vor Entscheidungen über eine Beförderung soll eine Beurteilung erstellt werden, wenn die Beamtin nach der letzten Beurteilung befördert worden ist und sie eine Beurteilung wünscht.

4.3.2.3

Bei Beamtinnen,

- die aus Altersgründen nicht mehr der Regelbeurteilung unterliegen, ist auf Antrag vor Entscheidungen über eine Beförderung,
- die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Amt der Besoldungsgruppe A 9 Z oder A 13 gD (Nr. 3.2) nicht mehr der Regelbeurteilung unterliegen oder die nach Nr. 3.6 von der Regelbeurteilung ausgenommen worden sind, ist vor Entscheidungen über die Zulassung zum Aufstieg oder über den Aufstieg

eine Beurteilung zu erstellen.

4.3.2.4

Beamtinnen, deren Beurlaubung oder volle Freistellung voraussichtlich an dem dem Beginn der Beurlaubung oder vollen Freistellung folgenden Regelbeurteilungsstichtag oder dem Beurteilungsstichtag gemäß Nr. 4.2 noch andauert, sind mit Beginn der Beurlaubung oder vollen Freistellung zu beurteilen, wenn sie seit ihrer letzten Beurteilung wenigstens 18 Monate Dienst geleistet haben.

4.4

Nachbeurteilung

4.4.1

Für Nachbeurteilungen gelten die für Regelbeurteilungen maßgeblichen Vorschriften entsprechend.

4.4.2

Nachbeurteilungen sollen zu festen Terminen erfolgen, deren letzter jedoch mindestens 6 Monate vor dem nächsten Regelbeurteilungsstichtag (Nr. 3.1) liegen muss.

4.4.3

Eine Nachbeurteilung ist dann nicht erforderlich, wenn feststeht, dass eine beurteilungsabhängige Personalmaßnahme vor der nächsten Regelbeurteilung aus Rechtsgründen nicht möglich ist.

4.5

Beurteilung während der Probezeit gemäß § 22 LBG NRW

Bei Beamtinnen, denen gemäß § 22 LBG NRW ein Amt mit leitender Funktion auf Probe übertragen worden ist, ist rechtzeitig vor Ablauf der Probezeit zu beurteilen, ob sie sich in der Probezeit hinsichtlich ihrer Eignung für die Führungsposition bewährt oder nicht bewährt haben. Die Beurteilung erfolgt als vereinfachte Beurteilung auf einem Formblatt gemäß **Anlage 3**.

Anlage 3

5

Aufgabenbeschreibung

Grundlage der Leistungsbeurteilung (Nr. 6) ist eine Aufgabenbeschreibung. Die Aufgabenbeschreibung soll die den Aufgabenbereich im Beurteilungszeitraum prägenden 3-5 Aufgaben sowie übertragene Sonderaufgaben von besonderem Gewicht stichwortartig aufführen. Die Beamtin ist an der Zusammenstellung zu beteiligen.

Die Aufgabenbeschreibung soll den besonderen Bezug zu den zu beurteilenden Leistungsmerkmalen erkennen lassen. Arbeitsplatzbeschreibungen und Geschäftsverteilungspläne können zugrunde gelegt werden. Werturteile über die zu Beurteilende oder Angaben über die zur Aufgabenerfüllung für notwendig erachteten Qualifikationen oder Kenntnisse gehören nicht in die Aufgabenbeschreibung.

6

Leistungsbeurteilung

6.1

Inhalt der Leistungsbeurteilung

Mit der Leistungsbeurteilung werden die Arbeitsergebnisse bewertet.

6.2

Leistungsmerkmale

Die dienstlichen Leistungen sind nach den Leistungsmerkmalen

- Arbeitsweise,
- Arbeitseinsatz,
- Arbeitserfolg,
- Soziale Kompetenz,
- Führungsverhalten

zu bewerten.

Sind keine Führungsaufgaben übertragen, ist das Leistungsmerkmal Führungsverhalten im Formblatt zu streichen.

6.3

Beurteilungsmaßstab und Bewertung

Die Bewertung der dienstlichen Leistungen der Beamtinnen, die nach Nr. 6.3.4 untereinander verglichen werden, erfolgt auf der Grundlage eines einheitlichen Beurteilungsmaßstabs (Nr. 12.4). Er hat sich an den Anforderungen des statusrechtlichen Amtes zu orientieren.

6.3.1

Bewertung der Leistungsmerkmale

Für die Bewertung der Leistungsmerkmale sind folgende Punktwerte zu verwenden:

Entspricht nicht den Anforderungen	1 Punkt,
entspricht im allgemeinen den Anforderungen	2 Punkte,
entspricht voll den Anforderungen	3 Punkte,
übertrifft die Anforderungen	4 Punkte,
übertrifft die Anforderungen in besonderem Maße	5 Punkte.

Zwischenbewertungen sind nicht zulässig.

Für jedes Merkmal ist zu prüfen, inwieweit die Beamtin im Beurteilungszeitraum den Anforderungen des im Zeitpunkt des Beurteilungsstichtages übertragenen (statusrechtlichen) Amtes unter Berücksichtigung der in der Aufgabenbeschreibung aufgeführten Aufgaben entsprochen hat. Das Ergebnis ist nach dem Beurteilungsmaßstab in Punkten zu bewerten.

Um eine aussagefähige Beurteilung zu erreichen, sind die Leistungsmerkmale differenziert unter umfassender Nutzung der Punktwerteskala zu bewerten.

6.3.2

Bildung der Gesamtnote

Die Gesamtnote ist aus der Bewertung der Leistungsmerkmale unter Würdigung ihrer Gewichtung und des Gesamtbildes der Leistungen zu bilden und in Punkten festzusetzen. Wegen der unterschiedlichen Gewichtung der Leistungsmerkmale kann der Punktwert kein arithmetisches Mittel aus den Bewertungen der einzelnen Leistungsmerkmale sein.

6.3.3

Richtsatzorientierung

Um die Einheitlichkeit bei der Anwendung des Beurteilungsmaßstabs sicherzustellen, sollen bei Regelbeurteilungen bei der Festlegung der Gesamtnote durch diejenige, die zur Schlusszeichnung (Nr. 12.1) befugt ist, als Orientierungsrahmen Richtsätze (Obergrenzen) berücksichtigt werden. Die Richtsätze geben nur Anhaltspunkte für eine vor allem auch im Quervergleich möglichst gerechte Benotung; sie dürfen im Einzelfall die Zuordnung der jeweils zutreffenden Gesamtnote nicht verhindern.

Es gelten folgende Richtsätze:

Gesamtnote: 5 Punkte 10 v. H.

Gesamtnote: 4 Punkte 20 v. H.

Die Vomhundertsätze beziehen sich auf die Gesamtzahl der zu beurteilenden Beamtinnen derselben Vergleichsgruppe im Bereich einer zur Schlusszeichnung Befugten.

6.3.4

Vergleichsgruppenbildung

Eine Vergleichsgruppe muss mindestens 30 Personen umfassen. Wird diese Zahl nicht erreicht, soll bei der Festlegung der Gesamtbewertung eine Differenzierung angestrebt werden, die sich an diesen Orientierungsrahmen anlehnt.

Die Bildung der Vergleichsgruppen obliegt dem MIK nach Maßgabe folgender Grundsätze:

- in erster Linie sollen Beamtinnen derselben Laufbahn und derselben Besoldungsgruppe eine Vergleichsgruppe bilden;
- stehen nach dem Stellenplan Beamtinnen verschiedener Laufbahnen zueinander in Konkurrenz, können auch Beamtinnen derselben Besoldungsgruppe eine Vergleichsgruppe bilden;
- in Fällen, in denen die Wahrnehmung einer bestimmten Funktion im Vordergrund steht (z. B. Leiterin von Behörden/Einrichtungen/Landesbetrieben, Abteilungsleiterin bei nachgeordneten Behörden, Referatsleiterin, Referentin, Hauptdezernentin/Dezernentin), können auch Angehörige derselben Funktionsebene eine Vergleichsgruppe bilden.

6.3.4.1

Die Zuordnung einer Beamtin zu einer Vergleichsgruppe erfolgt unabhängig von der Zeitdauer der Zugehörigkeit zu dem festgelegten Personenkreis.

6.3.4.2

Beamtinnen, die an der Regelbeurteilung nicht teilnehmen, sind bei der Bildung der Vergleichsgruppen nicht mitzuzählen.

7

Befähigungsbeurteilung

7.1

Inhalt der Befähigungsbeurteilung

In der Befähigungsbeurteilung werden die im dienstlichen Umgang gezeigten Fähigkeiten und Fachkenntnisse dargestellt und beurteilt, die für die weitere dienstliche Verwendung und berufliche Entwicklung von Bedeutung sind.

7.2

Ausprägungsgrade

Die Befähigungsmerkmale sind nach den Ausprägungsgraden

- weniger ausgeprägt
- erkennbar ausgeprägt
- deutlich ausgeprägt
- stark ausgeprägt

zu bewerten. Befähigungsmerkmale, die nicht beobachtet werden können, sind im Formblatt zu streichen.

8

Feststellung der Beförderungseignung und Gesamtbewertung

Die Gesamtbewertung besteht aus der Gesamtnote sowie einer Entscheidung über die Zuerkennung und den Grad der Beförderungseignung. Diese Entscheidung ist aufgrund des Gesamtbildes von Leistungs- und Befähigungsbeurteilung und im Hinblick auf die Anforderungen des nächsthöheren Amtes zu treffen.

8.1

Der Grad der Beförderungseignung bemisst sich nach folgenden Stufen:

- „besonders geeignet“,
- „sehr gut geeignet“,
- „gut geeignet“,
- „geeignet“.

8.2

Die Beförderungseignung ist zuzuerkennen

mit dem Grad „besonders geeignet“ oder „sehr gut geeignet“, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „5 Punkte“ abschließt,

mit dem Grad „sehr gut geeignet“ oder „gut geeignet“, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „4 Punkte“ abschließt.

8.3

Die Beförderungseignung kann mit dem Grad „gut geeignet“ und „geeignet“ zuerkannt werden, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „3 Punkte“ abschließt.

8.4

Die Entscheidung über die Zuerkennung und den Grad der Beförderungseignung ist in der Gesamtbewertung (Nr. 12.6.1) wie folgt zu dokumentieren:

- mit dem Votum: „Für eine Beförderung besonders geeignet“ oder „Für eine Beförderung sehr gut geeignet“, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „5 Punkte“ abschließt,
- mit dem Votum: „Für eine Beförderung sehr gut geeignet“ oder „Für eine Beförderung gut geeignet“, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „4 Punkte“ abschließt,
- mit dem Votum: „Für eine Beförderung gut geeignet“ oder „Für eine Beförderung geeignet“, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „3 Punkte“ abschließt und die Beförderungseignung zuerkannt werden soll,
- durch Unterlassen des Votums, wenn die Leistungsbeurteilung mit der Gesamtnote „3 Punkte“ abschließt und die Beförderungseignung nicht zuerkannt werden soll.

Für den Vorschlag einer Entscheidung über die Zuerkennung und den Grad der Beförderungseignung durch die höhere Vorgesetzte und die Beurteilerin, deren Beurteilungsvorschlag unmittelbar der Endbeurteilerin zuzuleiten ist (Nr. 12.5.2), gilt dies entsprechend.

9

Besondere Fachkenntnisse und Fähigkeiten

Fachkenntnisse und Fähigkeiten, die über die für den Arbeitsplatz geforderte Vor- und Ausbildung hinausgehen, sind, soweit sie am Arbeitsplatz beobachtet werden können, darzustellen. Im Übrigen werden sie als eigene Angaben der Beamtin auf Wunsch in die Beurteilung aufgenommen, sofern sie für die weitere dienstliche Verwendung und berufliche Entwicklung von Bedeutung sein können.

10

Fortbildungen, besondere Tätigkeiten und künftige Verwendungen

Die Teilnahme an Lehrgängen, insbesondere an Fortbildungslehrgängen, der Erwerb von Leistungszeugnissen während des Beurteilungszeitraumes, die Leitung einer Arbeitsgemeinschaft, eine Dozenten-, Prüfer- oder Ausbildungstätigkeit, Veröffentlichungen oder – soweit die Beamtin nicht widerspricht – die Tätigkeiten als Angehörige eines Personrates oder einer Schwerbehindertenvertretung oder als soziale Ansprechpartnerin sind ohne Bewertung anzugeben.

Verwendungswünsche der Beamtin und/oder ein Vorschlag der Beurteilerin, in welchen anderen Arbeitsbereichen die Beamtin eingesetzt werden könnte, sind zu vermerken.

11

Körperliche Befähigung

Hinweise zur körperlichen Befähigung sind nur ausnahmsweise und im Einvernehmen mit der Beamtin zu geben, soweit sie sich auf Sachverhalte beziehen, die beobachtet werden und für die Verwendung bedeutsam sein können.

12

Beurteilungsverfahren

12.1

Endbeurteilerin

12.1.1

Die Beurteilung obliegt der Leiterin der Behörde, der Einrichtung oder des Landesbetriebes, bei der oder dem die zu beurteilende Beamtin beschäftigt ist, soweit nachstehend nichts anderes geregelt ist. Sie wird dabei von den Vorgesetzten der Beamtin beraten.

12.1.2

Die Leiterin der Behörde, der Einrichtung oder des Landesbetriebes kann bei Beurteilungen im einfachen, mittleren oder gehobenen Dienst allgemein eine Vorgesetzte, die nicht den Beurteilungsvorschlag (Nr. 12.5) erstellt hat, mit der Beurteilung (Nr. 12.6) beauftragen, sofern der Vorgesetzten eine ausreichend große Zahl von zu Beurteilenden unterstellt ist, um die Vergleichbarkeit der Beurteilung zu gewährleisten.

12.1.3

Durch ergänzende Regelungen (Nr. 15) kann das MIK vorsehen, dass die Leiterin der Aufsichtsbehörde oder eine beauftragte Angehörige der Aufsichtsbehörde für die Beurteilung (Nr. 12.6) zuständig ist, wenn dies zur besseren Bildung von Vergleichsgruppen geboten erscheint.

12.2

Beurteilerin

12.2.1

Die Endbeurteilerin bestimmt eine Vorgesetzte der Beamtin zur Beurteilerin und gibt für jede Laufbahngruppe die Gewichtung der Leistungs- und Befähigungsmerkmale bekannt. Die Beurteilerin muss in der Lage sein, sich aus eigener Anschauung ein Urteil über die Beamtin zu bilden; einzelne Arbeitskontakte oder kurzfristige Einblicke in die Arbeit reichen hierfür nicht aus. Die Beurteilerin erstellt einen Beurteilungsvorschlag.

12.2.2

Für Leiterinnen von Behörden, Einrichtungen oder Landesbetrieben kann der Beurteilungsvorschlag durch von der Aufsichtsbehörde beauftragte Vorgesetzte erstellt

werden, die die in Nummer 12.2.1 genannten Voraussetzungen erfüllen.

12.3

Beurteilungsgespräch

12.3.1

Zu Beginn des Beurteilungsverfahrens führt die Beurteilerin mit der Beamtin ein Beurteilungsgespräch. Die Endbeurteilerin bestimmt unter Berücksichtigung der vorgesehenen Beurteilungsstichtage den Zeitpunkt, bis zu dem die Beurteilungsgespräche geführt sein müssen.

12.3.1.1

Liegen hinreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass die Beurteilerin ihren Verpflichtungen nicht fristgerecht nachkommt, bestimmt die Endbeurteilerin eine andere geeignete Vorgesetzte der Beamtin zur Beurteilerin; Nr. 12.2.1 gilt entsprechend.

12.3.1.2

In dem Beurteilungsgespräch soll das Leistungs-, Befähigungs- und Eignungsbild, das die Beurteilerin innerhalb des Beurteilungszeitraumes gewonnen hat, mit der Einschätzung der Beamtin abgeglichen werden, ohne eine verbindliche Bewertung zu treffen. Eine Rückmeldung – außerhalb des Quervergleichs – zur individuellen Leistung der Beamtin erfolgt im Mitarbeitergespräch (entsprechend Punkt 1.1).

Die Beamtin soll in dem Beurteilungsgespräch die Möglichkeit erhalten, solche Sachverhalte darzulegen, die ihr für die Beurteilung wichtig erscheinen.

12.3.1.3

Die Beurteilerin und die Beamtin haben unter Angabe des Datums zu bestätigen, dass das Beurteilungsgespräch stattgefunden hat.

12.3.2

Beurteilungsbeitrag

12.3.2.1

Ist die Beamtin am Beurteilungsstichtag oder war sie während des Beurteilungszeitraums länger als 6 Monate abgeordnet, ist durch die Personalstelle bei der Behörde, zu der sie abgeordnet ist oder war, ein schriftlicher Beurteilungsbeitrag einzuholen und der Beurteilerin zur Verfügung zu stellen.

12.3.2.2

Hat die Beamtin während des Beurteilungszeitraums den Arbeitsplatz innerhalb der Behörde gewechselt und kann die Beurteilerin die auf dem früheren Arbeitsplatz erbrachten Leistungen nicht aus eigener Kenntnis beurteilen, so hat sie sich die erforderliche Kenntnis z. B. durch Heranziehung sachkundiger ehemaliger Vorgesetzter zu verschaffen, wenn der Einsatz auf einem früheren Arbeitsplatz wenigstens 6 Monate betragen hat. Das gilt entsprechend, wenn die Vorgesetzte den Arbeitsplatz gewechselt hat. Die Heranziehung ehemaliger Vorgesetzter ist im Beurteilungsformular zu dokumentieren.

12.3.3

Mitwirkung der Personalstelle

Die Personalstelle berät bei der Anwendung der Beurteilungsrichtlinien. Sie soll darauf hinwirken, dass im Einzelfall notwendige Maßnahmen nach Nr. 12.3.2.1 und 12.3.2.2 rechtzeitig vor Beginn des Beurteilungsverfahrens durchgeführt werden. Die Beurteilungsbeiträge und notwendigen Informationen gemäß Nr. 12.3.2.2 sollen zum Zeitpunkt des Beurteilungsgesprächs vorliegen; zum Zeitpunkt der Erstellung des Beurteilungsvorschlags müssen sie vorliegen.

12.4

Bildung des Beurteilungsmaßstabs

Im Anschluss an die Beurteilungsgespräche ist der Beurteilungsmaßstab (Nr. 6.3) zu bilden.

Die Bildung des Beurteilungsmaßstabs obliegt der Endbeurteilerin. Sie lässt sich dabei in geeigneter Weise – etwa in einem gestuften Verfahren – von den Beurteilerin und den höheren Vorgesetzten (Nr. 12.5.2) beraten (Beurteilungskonferenzen). Der Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zu geben, sich an der Maßstabs-

bildung zu beteiligen. Bei Beurteilungskonferenzen mit der Endbeurteilerin ist sie zu beteiligen; bei sonstigen Beurteilungskonferenzen ist ihr Gelegenheit zur Teilnahme zu geben. Weitere sachkundige Bedienstete können zur Beratung hinzugezogen werden.

Die an den Beurteilungskonferenzen Beteiligten sind in besonderer Weise zur Vertraulichkeit verpflichtet. Die Erörterung personenbezogener Daten ist auf den unbedingt erforderlichen Umfang zu beschränken.

12.5

Beurteilungsvorschlag

12.5.1

Die Beurteilerin fertigt in Kenntnis des festgelegten Beurteilungsmaßstabs, an dessen Bildung sie gemäß Nr. 12.4 beteiligt war, jedoch vorrangig aus ihrer unmittelbaren Kenntnis der Beamtin einen eigenen Vorschlag zur Bewertung von Leistung und Befähigung (Beurteilungsvorschlag).

Der Beurteilungsvorschlag ist mit Datum und Unterschrift zu versehen und der Endbeurteilerin auf dem Dienstweg zur Schlusszeichnung vorzulegen.

12.5.2

Höhere Vorgesetzte machen einen Vorschlag für die Gesamtnote, indem sie dem Vorschlag der Beurteilerin für die Einzelmerkmale und die Gesamtnote uneingeschränkt zustimmen oder abweichende Voten abgeben, die für die Beamtin nachvollziehbar – auch in den Einzelmerkmalen – zu begründen sind. Sie machen zudem einen Vorschlag zur Beförderungseignung. Dabei achten sie – vor dem Hintergrund ihrer umfassenderen Kenntnis der Vergleichsgruppe und der Anforderungen des nächsthöheren Amtes – auf die Schlüssigkeit des Eignungsvorschlages im Hinblick auf die getroffenen Feststellungen zu Leistung und Befähigung. Sie haben ihre Bewertung im Beurteilungsformular mit Datum und Unterschrift zu dokumentieren.

Führt der Dienstweg unmittelbar von der Beurteilerin zur Endbeurteilerin, macht die Beurteilerin auch einen Vorschlag zur Beförderungseignung.

12.6

Beurteilung

Die Endbeurteilerin trifft abschließend die Gesamtbewertung, indem sie die Gesamtnote der Leistungsbeurteilung festsetzt und über die Zuerkennung sowie den Grad der Beförderungseignung entscheidet.

12.6.2

Stimmen Beurteilungsvorschlag und Beurteilung nicht überein, hat die Endbeurteilerin die abweichende Beurteilung für die Beamtin nachvollziehbar – auch in den Einzelmerkmalen – zu begründen. Sie kann sich hierbei durch die Beurteilerin und die höheren Vorgesetzten beraten lassen.

Die Beurteilung ist zu datieren und von der Endbeurteilerin zu unterzeichnen.

12.7

Bekanntgabe

12.7.1

Die Beurteilung ist der Beamtin innerhalb von vier Monaten nach dem Beurteilungsstichtag und vor Aufnahme in die Personalakte durch Übergabe bekannt zu geben. Eine Bekanntgabe durch Übersendung einer Abschrift soll nur auf ausdrücklichen Wunsch erfolgen.

12.7.2

Der Beamtin ist anzubieten, die Beurteilung zu besprechen und sich den Ablauf des Beurteilungsverfahrens erläutern zu lassen. Dieses Gespräch soll grundsätzlich zwischen der Beamtin und der Beurteilerin geführt werden. Hat eine höhere Vorgesetzte ein vom Beurteilungsvorschlag abweichendes Votum abgegeben, die Beförderungseignung nicht oder mit einem abweichenden Grad zuerkannt, hat sie das Gespräch zu führen; dies gilt für die Endbeurteilerin entsprechend.

12.7.3

Wenn die Beurteilung aufgrund einer mündlichen oder schriftlichen Gegenäußerung der Beamtin geändert worden ist, ist ihr die geänderte Beurteilung vor Aufnahme in die Personalakte durch Übergabe oder Übersendung einer Abschrift bekannt zu geben.

Beurteilungen und schriftliche Gegenäußerungen sind zu der Personalakte zu nehmen.

13

Sonderregelung für schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Beamtinnen gemäß § 2 SGB IX

13.1

Diese Beamtinnen dürfen wegen ihrer Behinderung bei der Beurteilung nicht benachteiligt werden.

Bei der Beurteilung der Leistung dieser Beamtin sind gemäß § 13 Absatz 3 LVO NRW eine etwaige behinderungsbedingte quantitative Leistungsminderung oder eingeschränkte Einsatzfähigkeiten zu berücksichtigen.

13.2

Die Personalstelle teilt der Schwerbehindertenvertretung die bevorstehende Beurteilung einer solchen Beamtin rechtzeitig mit. Dadurch wird der Schwerbehindertenvertretung ermöglicht, im Einvernehmen mit der Beamtin ein vorbereitendes Gespräch mit der Beurteilenden zu suchen.

13.3

Im Beurteilungsgespräch (Nr. 12.3) soll zwischen den Beteiligten festgestellt werden, ob eine durch die Behinderung bedingte quantitative Minderung der Arbeits- und Einsatzfähigkeit Einfluss auf die Arbeitsleistung hat. Das Ergebnis des Gespräches ist auf Wunsch der Beamtin in der Beurteilung zu dokumentieren. Die Schwerbehindertenvertretung kann auf Wunsch der Beamtin zum Beurteilungsgespräch hinzugezogen werden. Die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung ist zu dokumentieren.

Stellen die Beteiligten fest, dass eine Minderung der Arbeits- und Einsatzfähigkeit bei der Beurteilung zu berücksichtigen ist, so kann die Schwerbehindertenvertretung im Rahmen der Bildung der Vergleichsmaßstäbe zur Beratung hinzugezogen werden (Nr. 12.4).

14

Geschäftsmäßige Behandlung der Beurteilungen

14.1

Beurteilungen sind vertraulich zu behandeln.

14.2

Die Beurteilung, Beurteilungsbeiträge (Nr. 12.3.2.1) sowie schriftliche Gegenäußerungen sind in die Personalakte aufzunehmen; Entwürfe und Notizen sind zu vernichten.

14.3

Eine Durchschrift der Beurteilungen der Beamtinnen des höheren Dienstes ist dem MIK vorzulegen.

14.4

Der Beurteilung ist ein Beurteilungsspiegel der jeweiligen Vergleichsgruppe beizufügen, der in die Personalakte mit aufzunehmen ist. Dies gilt nicht, soweit die Gefahr der Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften besteht.

15

Ergänzungsregelungen

Das MIK erlässt ergänzende Regelungen, um Besonderheiten im Geschäftsbereich Rechnung zu tragen.

16

Schlussvorschriften

Diese Beurteilungsrichtlinien treten mit Wirkung vom 1.1.2011 in Kraft.

Gleichzeitig tritt der RdErl. des Innenministeriums vom 20.12.2001 (SMBL. NRW. 203034) außer Kraft; dieser bleibt für die Beamtinnen des Instituts der Feuerwehr Nordrhein- Westfalen bis zum 31.12.2011 in Kraft.

Name:

(vertraulich behandeln!)

Diese Angaben werden von der Personalstelle ausgefüllt!			
Regelbeurteilung gemäß () Nr. 3 BRL			
Sonstige Beurteilung (Nr. 4 BRL)			
() während der Probezeit (Nr. 4.1 BRL) () Erste Beurteilung nach Ende der Probezeit/ dem Aufstieg (Nr.4.2 BRL)			
() aus besonderem Anlass (Nr. 4.3 BRL) () Nachbeurteilung (Nr. 4.4 BRL)			
Beurteilungsbeitrag ()			
Beurteilungszeitraum von bis			
Personalangaben			
Familienname, ggffs. abweichender Geburtsname, Vorname			Geburtsdatum
Amtsbezeichnung / Dienstbezeichnung / Besoldungsgruppe		Dienststelle	
Organisationseinheit	Funktion	Teilzeitbeschäftigt ja () nein ()	Teilfreistellung ja () nein ()
Beförderung im Beurteilungszeitraum ja / Datum nein ()			
abgeordnet vom bis			
Beurteilungsbeitrag (Nr. 12.3.2.1 BRL) für Abordnungszeitraum eingeholt ja () nein ()			
Schwerbehinderte gemäß SGB IX:			
Schwerbehindert ja () nein ()			
Schwerbehindertenvertretung ist über bevorstehende Beurteilung informiert worden am:			
Beurteilungsgespräch			
Beurteilungsbeitrag (Nr. 12.3.2.1 BRL): liegt vor () nicht erforderlich ()			
Beurteilungsbeitrag (Nr. 12.3.2.2 BRL): besprochen mit am			
Beurteilungsgespräch (Nr. 12.3 BRL) hat stattgefunden am:			
Bestätigung durch: zu Beurteilende (r) Beurteiler (in) (ggffs.) Schwerbehindertenvertretung			

Name:

Aufgabenbeschreibung (Nr. 5 BRL)

Beschreibung der den Aufgabenbereich prägenden Tätigkeiten im Beurteilungszeitraum sowie Sonderaufgaben von besonderem Gewicht; dabei soll der besondere Bezug zu den zu beurteilenden Leistungsmerkmalen deutlich werden

- 3 -

Name:

Beurteilungsvorschlag

Leistungsbeurteilung

(bei Beurteilungen während der Probezeit ist Nr. 4.1.2 zu beachten)

-
- 1. Arbeitsweise** ()
in die Bewertung sind einzubeziehen:
- Zusammenhänge beachten
 - Gestaltungsspielräume nutzen
(bestehende Handlungsmöglichkeiten erkennen und ausschöpfen)
 - Strukturierung
(zielgerichtete Ausrichtung von Arbeitsabläufen; Erkennen und Beachten von Wertigkeiten; nicht Verlieren in Einzelheiten)
 - Effizienz
(Aufwand zur Zielerreichung)
- 2. Arbeitseinsatz** ()
in die Bewertung sind einzubeziehen:
- Eigenständigkeit
(Handeln ohne Anstoß und Anleitung)
 - Initiative zeigen
(Aufgreifen und Veranlassen sinnvoller Tätigkeiten und Maßnahmen)
- 3. Arbeitserfolg** ()
in die Bewertung sind einzubeziehen;
- Erreichen des geforderten Ergebnisses in angemessener Zeit
 - Arbeitsumfang unter Berücksichtigung des Schwierigkeitsgrades
 - Verwendbarkeit des Arbeitsergebnisses
(Zweckmäßigkeit und Erfolg der ergriffenen Maßnahmen)
 - Sorgfalt und Gründlichkeit
 - Beachten von inhaltlichen und formalen Vorgaben
- 4. Soziale Kompetenz** ()
zu bewerten sind:
- Verantwortungsbereitschaft
(verantwortliches Führen des Arbeitsplatzes)
 - Zuverlässigkeit
(Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, Loyalität)
 - Umgang mit Konfliktsituationen
 - Umgang mit Bürgern
 - Zusammenarbeit und Umgang mit Vorgesetzten, Kollegen und Mitarbeitern
-

entspricht nicht den Anforderungen = 1 Punkt; entspricht im allgemeinen den Anforderungen = 2 Punkte;

entspricht voll den Anforderungen = 3 Punkte; übertrifft die Anforderungen = 4 Punkte;

übertrifft die Anforderungen in besonderem Maße = 5 Punkte

Um eine aussagefähige Beurteilung zu erreichen, sind die Leistungsmerkmale differenziert unter umfassender Nutzung der Bewertungsstufen zu bewerten.

Name:

Beurteilungsvorschlag

Führungsaufgaben wurden übertragen () ja () nein

Führungsverhalten

(die gesamte Einheit und einzelne Mitarbeiter betreffend)

a) zu bewerten sind ()

Arbeitsverteilung

Mitarbeitergespräche

Führung über Ziele

Delegation

b) zu bewerten sind: ()

Anleitung und Aufsicht

Anerkennung und Kritik

Förderung

Beachten der Ziele der Gleichstellung von Frauen und Männern

Vermitteln der Ziele der Verwaltungsmodernisierung

Gesamtnote der Leistungsbeurteilung (Nr. 6.3.2)

Die Gesamtnote ist aus der Bewertung der Leistungsmerkmale unter Würdigung ihrer Gewichtung und des Gesamtbildes der Leistungen zu bilden und in Punkten festzusetzen. Wegen der unterschiedlichen Gewichtung der Leistungsmerkmale ist ein Punktwert als arithmetisches Mittel aus den einzelnen Leistungsmerkmalen in der Regel ausgeschlossen.

Die Beamtin / der Beamte hat eine Leistung erbracht, die mit Punkt(en) bewertet wird.
Ggfls. Dokumentation gem. Nr. 13.3:

entspricht nicht den Anforderungen = 1 Punkt; entspricht im allgemeinen den Anforderungen = 2 Punkte;
entspricht voll den Anforderungen = 3 Punkte; übertrifft die Anforderungen = 4 Punkte;
übertrifft die Anforderungen in besonderem Maße = 5 Punkte

Um eine aussagefähige Beurteilung zu erreichen, sind die Leistungsmerkmale differenziert unter umfassender Nutzung der Bewertungsstufen zu bewerten.

- 5 -

Name:

Beurteilungsvorschlag

Befähigungsbeurteilung

Befähigungsmerkmale – Ausprägungsgrad	A	B	C	D
1. Denk- und Urteilsvermögen (wechselnde Aufgaben und Arbeitssituationen erfassen und sich darauf einstellen; Sachverhalte folgerichtig untersuchen und zutreffend beurteilen sowie Auswirkungen berücksichtigen)				
2. Konzeptionelles Arbeiten (grundsätzliche, systematische Vorstellungen entwickeln)				
3. Entscheidungsvermögen (Fähigkeit, klare Entscheidungen sicher und rechtzeitig zu treffen)				
4. Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit a) Ausdrucksfähigkeit (verständlich, schlüssig, auf das Wesentliche konzentriert formulieren; dem Verständnis des Adressaten und dem Zweck der Äußerung angemessen und übersichtlich darstellen)				
b) Gesprächsführung (Gespräche überzeugend unter Würdigung von Interessen, Gegensätzen und Gemeinsamkeiten methodisch führen)				
c) Kooperationsfähigkeit (Bereitschaft, produktiv mit anderen Personen oder in einem Team zusammenzuarbeiten; Bereitschaft, auf menschliche Besonderheiten von Kooperationspartnerinnen und -partnern sensibel einzugehen und ihre jeweiligen Leistungen als einen Beitrag zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgabe anzuerkennen und zu würdigen)				
5. Konfliktfähigkeit (Aktive und passive Kritikfähigkeit; Umgang mit persönlichen und sachlichen Konflikten)				
6. Belastbarkeit (der Belastbarkeit durch Zeitdruck und wechselnden Arbeitssituationen sowie sonstigen schwierigen dienstlichen Anforderungen auch auf längere Dauer gewachsen sein)				

A = weniger ausgeprägt / B = erkennbar ausgeprägt / C = deutlich ausgeprägt / D = stark ausgeprägt

- 6 -

Name:

Beurteilungsvorschlag

Besondere Fachkenntnisse und Fähigkeiten (Nr. 9 BRL)**Fortbildungen, besondere Tätigkeiten und künftige Verwendungen (Nr. 10 BRL)****Körperliche Befähigung (Nr. 11 BRL)**

- 7 -

Name:

Beurteilungsvorschlag**Vorschlag zur Beförderungseignung (Nr. 8.4 BRL) durch die Beurteilerin****Nur ausfüllen, wenn der Dienstweg unmittelbar zur Endbeurteilerin führt (Nr. 12.5.2 BRL)**

(nicht bei Beurteilungen während der Probezeit (Nr. 4.1 BRL))

Beurteilung während der laufbahnrechtlichen Probezeit (Nr. 4.1 BRL)**Erste/ Zweite Beurteilung nach Punkt 4.1.1 der Beurteilungsrichtlinien (Unzutreffendes streichen):**☐ bewährt ☐ eingeschränkt bewährt ☐ nicht bewährt

ggf. besondere Leistungen i.S.v. § 7 Absatz 1 Satz 7 LVO:

Abschließende Beurteilung nach Punkt 4.1.2 der Beurteilungsrichtlinien:☐ in vollem Umfang bewährt ☐ nicht bewährt

Feststellung von besonderen Leistungen i.S.v. § 7 Absatz 1 Satz 7 LVO*, Begründung:

☐ Die Bewährung kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

*Bei der Feststellung von besonderen Leistungen ist eine vollständige Beurteilung unter Beachtung von Punkt 6.3.3 der Beurteilungsrichtlinien zu erstellen.

.....
(Ort / Datum).....
(Beurteiler (in))

Name:

Beurteilungsvorschlag**Höhere Vorgesetzte (Nr. 12.5.2 BRL)****Leistungsbeurteilung / Befähigungsbeurteilung** (ggfls. mit Votum gem. Nr. 8.4 BRL)

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag

- in der Gesamtnote der Leistungsbeurteilung () zu () nicht zu
- in den Punktwerten der Leistungsmerkmale () zu () nicht zu
- in der Beurteilung der Befähigung () zu () nicht zu

Ich schlage als Gesamtnote der Leistungsbeurteilung

Punkte vor

Beurteilung während der laufbahnrechtlichen Probezeit

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag () zu () nicht zu

Begründung bei abweichendem Votum:

Datum:

Unterschrift:

- 9 -

Name:

Beurteilungsvorschlag**Höhere Vorgesetzte (Nr. 12.5.2 BRL) -- Fortsetzung****Leistungsbeurteilung / Befähigungsbeurteilung** (ggfls. mit Votum gem. Nr. 8.4 BRL)

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag

- in der Gesamtnote der Leistungsbeurteilung () zu () nicht zu
- in den Punktwerten der Leistungsmerkmale () zu () nicht zu
- in der Beurteilung der Befähigung () zu () nicht zu

Ich schlage als Gesamtnote der Leistungsbeurteilung

Punkte vor

Beurteilung während der laufbahnrechtlichen Probezeit

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag () zu () nicht zu

Begründung bei abweichendem Votum:

Datum:

Unterschrift:

Name:

Beurteilungsvorschlag**Höhere Vorgesetzte (Nr. 12.5.2 BRL) -- Fortsetzung****Leistungsbeurteilung / Befähigungsbeurteilung** (ggfls. mit Votum gem. Nr. 8.4 BRL)

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag

- in der Gesamtnote der Leistungsbeurteilung () zu () nicht zu
- in den Punktwerten der Leistungsmerkmale () zu () nicht zu
- in der Beurteilung der Befähigung () zu () nicht zu

Ich schlage als Gesamtnote der Leistungsbeurteilung

Punkte vor

Beurteilung während der laufbahnrechtlichen Probezeit

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag () zu () nicht zu

Begründung bei abweichendem Votum:

Datum:

Unterschrift:

- 11 -

Name:

Beurteilung (Nr. 12.6 BRL)**Gesamtbewertung (Nr. 12.6 BRL)**

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag

- | | | |
|---|--------|--------------|
| - in der Gesamtnote der Leistungsbeurteilung | () zu | () nicht zu |
| - in der Beurteilung der Befähigung | () zu | () nicht zu |
| - in der Entscheidung über die Zuerkennung der
Beförderungseignung | () zu | () nicht zu |
| - dem Grad der Beförderungseignung | () zu | () nicht zu |

und komme zu folgender **Gesamtbewertung:**

Gesamtnote der Leistungsbeurteilung

Punkte

Begründung bei abweichendem Votum zum Beurteilungsvorschlag:

.....
(Ort / Datum).....
(Unterschrift)

- 12 -

Name:

Beurteilung**Beurteilung während der laufbahnrechtlichen Probezeit (Nr. 4.1 BRL)**

Erste/ Zweite Beurteilung nach Punkt 4.1.1 der Beurteilungsrichtlinien (Unzutreffendes streichen):

() bewährt () eingeschränkt bewährt () nicht bewährt

ggf. besondere Leistungen i.S.v. § 7 Absatz 1 Satz 7 LVO:

Abschließende Beurteilung nach Punkt 4.1.2 der Beurteilungsrichtlinien:

() in vollem Umfang bewährt () nicht bewährt

Feststellung von besonderen Leistungen i.S.v. § 7 Absatz 1 Satz 7 LVO*, Begründung:

() Die Bewährung kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

*Bei der Feststellung von besonderen Leistungen ist eine vollständige Beurteilung unter Beachtung von Punkt 6.3.3 der Beurteilungsrichtlinien zu erstellen.

.....
(Ort / Datum)

.....
(Endbeurteiler/in)

Name:

Bekanntgabe (Nr. 12.7.1 BRL)	
Die vorstehende Beurteilung wurde der Beamtin / dem Beamten bekannt gegeben durch () Übergabe einer Abschrift am () Übersendung einer Abschrift auf Wunsch am	
Besprechung der Beurteilung (Nr. 12.7.2 BRL)	
() Die Beurteilung wurde besprochen am Bestätigung durch: Datum: Beurteilte (r) Beurteiler (in) (ggfls) höhere Vorgesetzte (r) / Endbeurteiler (in)	
Von der Personalstelle auszufüllen	
<u>Zur Personalakte</u> Datum:	Unterschrift

Versetzungsbeurteilung
(Nr. 4.3.2.1 BRL)

ist zuletzt am

.....
Amtsbezeichnung

.....
Name

beurteilt worden. Abdruck dieser Beurteilung ist beigegefügt.

Bei den Bewertungen in dieser Beurteilung haben sich zwischenzeitlich

(☐) keine Abweichungen ergeben.

(☐) folgende Abweichungen ergeben:

1. Leistungsbeurteilung:

Arbeitsweise (☐) Soziale Kompetenz (☐)

Arbeitseinsatz (☐)

Arbeitserfolg (☐)

Bei Übertragung von Führungsaufgaben:

Führungsverhalten 1. Bewertung zu a) (☐)

2. Bewertung zu b) (☐)

2. Befähigungsbeurteilung:

Merkmal:

Ausprägungsgrad:

3. Gesamtbewertung:

(☐) keine Abweichung

(☐) neu:

Begründung:

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Name:

Versetzungsbeurteilung Bekanntgabe (Nr. 12.7.1 BRL)	
Die vorstehende Beurteilung wurde der Beamtin / dem Beamten bekannt gegeben durch () Übergabe einer Abschrift am () Übersendung einer Abschrift auf Wunsch am	
Besprechung der Beurteilung (Nr. 12.7.2 BRL)	
() Die Beurteilung wurde besprochen am Bestätigung durch: Datum: Beurteilte (r) Beurteiler (in) (ggfls) höhere Vorgesetzte (r) / Endbeurteiler (in)	
Von der Personalstelle auszufüllen	
<u>Zur Personalakte</u> Datum:	Unterschrift

Name:

Vereinfachte Beurteilung (Probezeit gemäß § 22 LBG)**Beurteilung während der Probezeit gemäß § 22 LBG (Nr. 4.5 BRL)****Beurteilungsvorschlag**.....
Amtsbezeichnung.....
Name**Probezeit vom bis****hat sich in der Probezeit gemäß § 22 LBG:**☐ **bewährt**☐ **nicht bewährt****Begründung** (ggfls. Beiblatt verwenden):.....
Datum.....
Beurteiler (in)**Höherer Vorgesetzte (r)**Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag zu (☐) nicht zu (☐)**Bei abweichendem Votum Begründung:**.....
Datum.....
höhere (r) Vorgesetzte (r)

Name:

Vereinfachte Beurteilung (Probezeit gemäß § 22 LBG)**- Feststellung der Bewährung -****Feststellung der Bewährung**

Ich stimme dem Beurteilungsvorschlag zu () nicht zu () und stelle hinsichtlich der Bewährung fest:

Die Beamtin / der Beamte hat sich in der Probezeit gemäß § 22 LBG bewährt () nicht bewährt ()

Ggfls. Begründung:

.....
Datum.....
Endbeurteiler (in)

26

**Richtlinien über die Gewährung
von Zuwendungen zur sozialen Betreuung
von ausländischen Staatsangehörigen
in den ausschließlich für den Vollzug
von Abschiebungshaft bestimmten Einrichtungen
des Landes Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales
v. 18.11.2010

Mein RdErl. vom 19.12.2001 (MBL NRW. 2002 S. 106)
i. d. F. des RdErl. v. 7.12.2006 (MBL NRW. 2007, S. 99)
wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer 7.1 werden die Worte „Außenstelle Unna“ gestrichen.
2. In Ziffer 7.3 werden die Worte „Außenstelle Unna-Massen“ gestrichen.
3. Die Ziffer 8 der Richtlinien erhält die folgende Fassung:
„8
In-Kraft-Treten
Diese Richtlinien treten am 1. Januar 2002 in Kraft und gelten bis zum 31.12.2012.“
4. In Anlage 3 ändert sich die Anschrift der Bezirksregierung Arnsberg wie folgt:
„Bezirksregierung Arnsberg
– Dezernat 21 –
Postfach
59817 Arnsberg“
5. In Anlage 4 ändert sich die Anschrift der Bezirksregierung Arnsberg in der Rechtsbehelfsbelehrung wie folgt:
„Bezirksregierung Arnsberg, Seibertzstraße 1, 59821 Arnsberg“
6. In Anlage 5 ändert sich die Anschrift der Bezirksregierung Arnsberg wie folgt:
„Bezirksregierung Arnsberg
– Dezernat 21 –
Postfach
59817 Arnsberg“

– MBL NRW. 2010 S. 870

III.

**Sitzung des Verwaltungsrates der
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR
am Mittwoch, 15.12.2010**

Bek d. Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR
v. 3.12.2010

Am Mittwoch, 15. Dezember 2010, 11.00 Uhr, findet im Rathaus der Stadt Essen, Ribbeckstraße 15, Raum R. 1.21 eine Sitzung des Verwaltungsrates der VRR AöR statt.

Öffentlicher Teil

1. Form und Frist der Ladung
2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Anfragen und Mitteilungen
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 1.10.2010
5. Sachstandsbericht
6. Änderung der Satzung des Zweckverbandes VRR
7. Änderung der Satzung der VRR AöR

8. Änderung der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat der VRR AöR
9. Neufassung der Kooperationsverträge für die VRR-Verkehrsunternehmen (Grundvertrag)
10. Austritt des VRR aus den Stadtbahngesellschaften SBG Ruhr GmbH und SBG Rhein GmbH
11. Ergebnisrechnung 2009
12. Verbundetat 2011 (vorläufig)
13. SPNV-Etat 2011
14. Wirtschaftsplan des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2011
15. Wirtschaftsplan der VRR AöR für das Jahr 2011
16. Wirtschaftsplan des NVN für das Jahr 2011
17. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses des ZV VRR für das Jahr 2010
18. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses der VRR AöR für das Jahr 2010
19. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses des NVN für das Jahr 2010
20. Umlagensatzung des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2011
21. Infrastrukturförderung – Förderkatalog 2011 nach § 12 ÖPNVG NRW
22. Vertriebsrichtlinie
23. Tarifangelegenheiten
24. SozialTicket
25. Tarifharmonisierung VRR/VGN
26. Evaluation der Luftreinhaltepläne – Verschärfung der Umweltzonen

Nicht öffentlicher Teil

27. Genehmigung der Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 1.10.2010
 28. Interne AöR-Angelegenheiten
- Der Hinweis auf diese Sitzung und die Tagesordnung werden hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Essen, den 3. Dezember 2010

Herbert N a p p
Vorsitzender

– MBL NRW. 2010 S. 870

**Sitzung der Verbandsversammlung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-
Ruhr (VRR) am Mittwoch, 15.12.2010**

Bek d. Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
v. 3.12.2010

Am Mittwoch, 15.12.2010, 11.30 Uhr, findet im Ratssaal des Rathauses der Stadt Essen, Ribbeckstraße 15, eine Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR statt.

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung vom 1.10.2010
2. Anfragen und Mitteilungen
3. Bestellung der Schriftführer für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR
4. Änderung der Satzung des Zweckverbandes VRR
5. Änderung der Satzung der VRR AöR

6. Änderung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR
7. Wirtschaftsplan des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2011
8. Wirtschaftsplan der VRR AöR für das Jahr 2011
9. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses des ZV VRR für das Jahr 2010
10. Umlagensatzung des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2011

Der Hinweis auf diese Sitzung und die Tagesordnung werden hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Essen, den 3. Dezember 2010

Bernhard S i m o n
Vorsitzender

– MBl. NRW. 2010 S. 870

Die CD-ROM wird als Doppel-CD „SGV. NRW. und SMBL. NRW.“ herausgegeben.

Sie enthält somit stets das gesamte Landesrecht und alle Verwaltungsvorschriften (Erlasse) auf dem aktuellen Stand.

Im Abonnement kostet diese Doppel-CD nicht mehr als früher eine Einzel-CD, nämlich nur 77 € pro Jahr.

Die aktuelle CD-Rom, Stand Juli 2010, ist erhältlich.

Das neue Bestellformular mit den neuen Preisen befindet sich im MBl. NRW. 2010 Nr. 31, S. 753.

Informationen zur CD-ROM finden Sie auch im Internet über das Portal <https://recht.nrw.de>

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW zur Verfügung.

Dasselbe wird auch im Internet angeboten. Die Adresse ist: <https://recht.nrw.de> Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das Newsletter-Angebot der Redaktion eintragen. Adresse: <https://recht.nrw.de>, dort: Newsletter anklicken.

Einzelpreis dieser Nummer 6,60 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 115,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax: (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569